

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach



Stand: 30.09.2007

1. Ausgangssituation

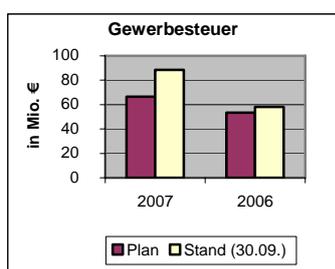
Die vom Gemeinderat am 21.12.2006 beschlossene Haushaltssatzung 2007 wurde am 12.02.2007 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 19.02.2007 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

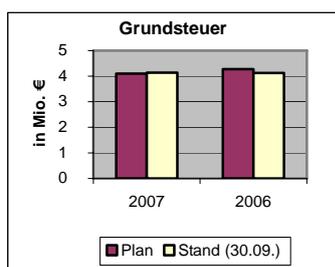
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

2.1.1 Einnahmen

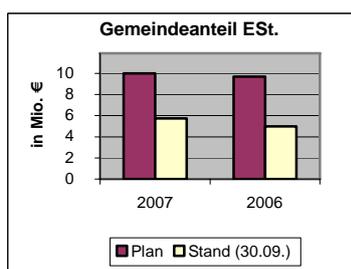


Trotz eines leichten Rückgangs im dritten Quartal übersteigen die Einnahmen bei der **Gewerbsteuer** den Haushaltsansatz bei weitem. Das Gewerbesteueraufkommen liegt aktuell rund 22,0 Mio. € über dem Planansatz von 66,50 Mio. €. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage von 19,76 Mio. € ergibt sich ein Netto-Aufkommen von 68,74 Mio. €.

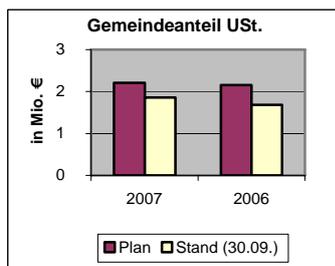


Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A und B** sind weitgehend planmäßig.

Die übrigen Steuereinnahmen (Hundsteuer) verlaufen ebenfalls weitgehend planmäßig. Lediglich bei der **Vergnügungssteuer** ist mit Mehreinnahmen zu rechnen, weil die Besteuerung bei manchen Spielgeräten rechtlich noch immer umstritten ist und der Planansatz daher bewusst vorsichtig angesetzt wurde.



Die Mai-Steuerschätzung hat eine Anhebung des **Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer** gebracht. Das Land geht nunmehr von einem Aufkommen von 3,85 Mrd. € aus. Bei der Haushaltsplanung 2007 hat die Stadt 3,30 Mrd. € zugrunde gelegt. Dies hat Mehreinnahmen von rund 1,68 Mio. € zur Folge. Die November-Steuerschätzung wird zeigen, ob der derzeitige Wert sogar noch übertroffen werden kann.



Auch beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** ist mit Mehreinnahmen in Höhe von 386.000 € zu rechnen. Gleiches gilt beim **Familienleistungsausgleich** und bei den **Schlüsselzuweisungen**. Hier erwarten wir aufgrund der Anhebung der Investitionspauschale von geplanten 12 €/EW auf 25 €/EW um rund 313.000 € höhere Einnahmen. Die **Sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen plangemäß.

Die **Gebühren** und **Entgelte** liegen größtenteils im Plan. Lediglich bei den Passgebühren kann mit leichten Mehreinnahmen gerechnet werden. Diese werden allerdings durch Mehrausgaben für die Herstellung wieder kompensiert.

Bei den **Mieteinnahmen** für die städtischen Gebäude rechnet das zuständige Amt für Gebäudemanagement mit einem plangemäßen Verlauf. Die Verwaltung der Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übertragen.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den Einnahmen aus **Inneren Verrechnungen** spiegelt sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder.

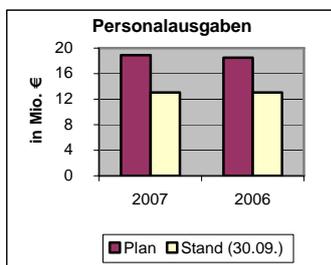
Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen nach den aktuellen Schülerzahlen. Da die Pro-Kopf-Beträge bei der Realschule, bei den Gymnasien und für die Pflugschule rückläufig sind, muss mit Wenigereinnahmen von rund 83.000 € gerechnet werden. Dagegen stehen die Mehreinnahmen beim Schulkostenausgleich für das Kreisgymnasium mit 97.000 €.

Bei den **Zinsen aus Geldanlagen** wird ein Plus von etwa 250.000 € erwartet. Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden diesen direkt zugeschlagen, weil bei der Bildung der Rückstellungen auch eine entsprechende Verzinsung unterstellt wurde. Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen vor allem wegen Mehreinnahmen beim Strom rund 124.000 € über der Planung.

Bei den weiteren Finanzeinnahmen verlaufen die **Bußgelder** planmäßig. Gleichzeitig liegen die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer um 750.000 € über den Erwartungen.

Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zu Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

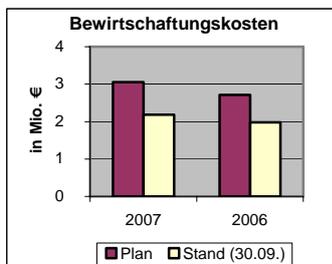
2.1.2 Ausgaben



Bei den **Personalausgaben** teilt das Hauptamt mit, dass die Planzahlen in der Hochrechnung vom August um rund 200.000 € unterschritten werden. Die tariflich festgelegte Zuordnung der Beschäftigten von der jetzigen individuellen Zwischenstufe zur nächsthöheren Entwicklungsstufe des TVöD erfolgt zum 01.10.2007 und wird erst dann wirksam. Hieraus werden sich ebenso wie durch die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung beschlossene Erhöhung des Personalschlüssels für Regelgruppen von 1,5 auf 1,8 Fachkräfte (Dr. Nr. 107/2007) ab dem Kindergartenjahr 2007/08 Personalkostensteigerungen ergeben, die in der aktuellen Hochrechnung noch nicht berücksichtigt sind.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten. In den Planansätzen für 2007 sind nur die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigt. Aus den Pensions- und Beihilferückstellungen wird sich wohl eine Entlastung für das Jahr 2007 mit ca. 500.000 € ergeben. Die konkreten Zahlen können jedoch erst am Jahresende ermittelt werden.

Die Aufwendungen für die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** verlaufen weitgehend planmäßig. Im Rahmen des internationalen Leichtathletikevents fielen überplanmäßige Ausgaben von 15.000 € für den Zeitmessturm im Stadion und 9.100 € für die Erneuerung der Kugelstoßanlage an. Die Mehrkosten für die Umbauarbeiten für die Einrichtung des neuen Amtes für Gebäudemanagement können im Rahmen der insgesamt bereit gestellten Mittel aufgefangen werden.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 70,19 % (Vorjahr: 73,01 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Amtes für Gebäudemanagement werden die Bewirtschaftungskosten im Rahmen der Planung liegen. Insbesondere bei den Heizkosten dürfte sich der warme Winter zu Jahresbeginn vorteilhaft auswirken, ebenso die zum 01. Mai dieses Jahres beschlossene Senkung des Gaspreises.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 39,20 % (Vorjahr: 36,41 %) bewirtschaftet. Höhere Ausgaben bei den Pässen werden durch Mehreinnahmen teilweise kompensiert. Für die Erstellung einer Broschüre über 7 Jahre Lokale Agenda wurden überplanmäßige Mittel in Höhe von 10.000 € bewilligt. Insgesamt gesehen werden bis zum Jahresende bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben noch Einsparungen möglich sein.

Der vorsorglich eingestellte Haushaltsansatz für mögliche **Ausgabeaufschläge** beim Kauf von Wertpapieren wurde bisher noch nicht benötigt. Hier rechnen wir mit Einsparungen von 95.000 €.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich für die **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von 4,86 Mio. € ab. Dagegen kann bei der **Kreisumlage** von einem plangemäßen Verlauf ausgegangen werden.

Bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land rechnen wir mit geringeren Ausgaben. Hier hat sich der Umlagesatz im Vergleich zur Planung von 28,04 % auf aktuell 27,32 % ermäßigt. Das bringt ein Einsparpotential von rund 324.000 €.

Im Verwaltungshaushalt wurden insgesamt 187.801 € (Vorjahr: 433.129 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Die haushaltmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 76,07 % (Vorjahr: 76,10 %) und auf der Ausgabenseite zu 69,08 % (Vorjahr 68,18 %) bewirtschaftet. Aus dem Jahr 2006 konnten Mittel in Höhe von 339.082,00 € übertragen werden (Vorjahr: 147.120,58 €). Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt daher im Rahmen der Planung.

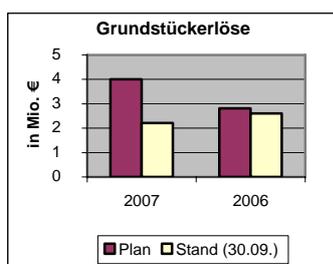
Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro

Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitgehend planmäßig.



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind momentan zu 55,42 % des Haushaltsansatzes bewirtschaftet. Nach Auskunft des Liegenschaftsamtes wird der Planansatz zum Jahresende wohl nur ganz knapp nicht erreicht werden.

Bei den **Erschließungsbeiträgen** sind bereits 90,36 % des Planansatzes eingegangen (Vorjahr: 13,91 %). Auch die **Kostenerstattungen für Ausgleichsmaßnahmen** deuten bei einem Bewirtschaftungsstand von 133 % auf Mehreinnahmen hin. Dagegen liegen die **Ablösebeiträge** für Kfz-Stellplätze im Moment bei 38 %.

Bei den **Zuschüssen** vom Bund für Schulbaumaßnahmen zeichnen sich derzeit keine Veränderungen ab. Allerdings werden die eingeplanten Landeszuschüsse für den Klassentrakt beim Wieland-Gymnasium im Jahr 2007 nicht mehr bewilligt. Dies führt zu Einnahmeausfällen in Höhe von 519.000 €.

Beim Zuschuss des Landes für die Sanierung Östliche Innenstadt sind fast 399.000 € eingegangen; somit stehen hier noch 501.000 € aus. Das zuständige Bauverwaltungsamt rechnet damit, dass die restlichen Mittel noch eingehen.

2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich bisher keine erheblichen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Beim **Grunderwerb** sind aktuell 50,32 % bewirtschaftet. Davon könnten eventuell rund 1 Mio. € Mittel übrig bleiben. Insbesondere für den Grunderwerb Wässerwiesen werden sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr entsprechende Mittel benötigt, die jedoch über Erlöse wieder zurückfließen.

Für die geplante **Eigenkapitalerhöhung** bei den Stadtwerken - neben den normalen Erhöhungen für den ÖPNV - wurden bisher 2,50 Mio. € (Neubau Hallenbad, Sanierung TG Stadthalle) ausgegeben. Die endgültige Höhe der Eigenkapitalerhöhung ist abhängig von der finanziellen Entwicklung der Stadtwerke einerseits und der Baukosten für die geplanten Vorhaben andererseits.

Bei den **Baumaßnahmen** wurde für die Sanierung der Altablagerung Lehmgrube vom Gemeinderat am 21.05.2007 eine neue Gesamtkostendarstellung gebilligt (Dr. Nr. 84/2007). Hier wird mit Mehrkosten von insgesamt 1,25 Mio. € gerechnet.

Beim Bau des Radwegs an der Saulgauer Straße mit insgesamt 405.000 € hat die Stadt die Vorfinanzierung von 205.000 € über-

nommen, nachdem der zugesagte Landeszuschuss wegen einer Haushaltssperre derzeit nicht ausbezahlt wird (Dr. Nr. 127/2007). Bei beiden Maßnahmen sind die Planansätze für das Jahr 2007 jedoch ausreichend bemessen.

Für den Umbau des Verwaltungs- und des nordwestlichen Pavillons am Wieland-Gymnasium wurde eine überplanmäßige Ausgabe von 139.100 € bewilligt (Dr. Nr. 85/2007).

Im Baugebiet RiBegg-Steige wurden für die Anlage von Stellplätzen 38.000 € überplanmäßig bereitgestellt (Dr. Nr. 66/2007). Mit dem Verkauf der Stellplätze fließen die Einnahmen zeitversetzt wieder an die Stadt zurück. Zur Erweiterung des DSL Netzes in Stafflangen hat die Stadt 15.000 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Um die Mehrausgaben beim Kreisverkehr Rollinstraße mit Belagsanierung zu decken, wurden Mittel in Höhe von 100.000 € von der Erneuerung der Probststraße umgeschichtet (Dr. Nr. 83/2007).

Dennoch halten wir es für möglich, dass am Jahresende insgesamt noch eine namhafte Summe bei den Baumaßnahmen eingespart werden kann.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt bisher 436.961 € (Vorjahr: 166.442 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 139.100 € auf die oben beschriebenen Umbaumaßnahmen am Wieland-Gymnasium und 100.000 € auf den Kreis an der Rollinstraße. Die haushaltsmäßigen Deckungen waren jeweils nachgewiesen.

3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen angelegt werden.

4. Zusammenfassung, Ergebnis

Das anhaltend hohe Niveau bei den Gewerbesteuererträgen in Biberach führt dazu, dass die Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen kompensiert werden können und darüber hinaus noch eine Erhöhung der geplanten Zuführungsrate um 21,0 bis 23,0 Mio. € möglich erscheint. Die gute konjunkturelle Entwicklung trägt ein Übriges hierzu bei. So sind erstmals wieder deutlichere Zuwächse beim Einkommen- und Umsatzsteueranteil zu erwarten.

Im Vermögenshaushalt gehen wir davon aus, dass Zuschussausfälle durch geringere Bauausgaben und über die höhere Zuführung ausgeglichen werden können. Im Übrigen hoffen wir, nachdem keine negativen Tendenzen erkennbar sind, auf einen weitgehend planmäßigen Verlauf, so dass eine überplanmäßige Zuführung zur Rücklage in Höhe von 22,5 bis 24,5 Mio. € möglich erscheint.

Insgesamt bleibt es damit bei der positiven Einschätzung der Haushaltslage für das Jahr 2007.

5. Änderungen für die mittelfristige Finanzplanung

Von den Ämtern wurden uns, abgesehen von den bereits dargestellten Maßnahmen, bislang keine wesentlichen Änderungen zur mittelfristigen Finanzplanung mitgeteilt.

Die seit Jahresbeginn wirksame Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % hat zu einer nachhaltigen zusätzlichen Belastung geführt. Dies gilt für den investiven Bereich ebenso wie für den laufenden Betrieb.

Der zum 31.12.2007 auslaufende Stromlieferungsvertrag wurde von der e.wa riss GmbH & Co. KG fristgerecht gekündigt. Im Rahmen der notwendigen EU-weiten Ausschreibung musste eine Bezugspreissteigerung um rund 7 % hingenommen werden.

Außerdem ist mit nachhaltig höheren Kosten für die Qualitätssteigerungen im Kindergartenbereich zu rechnen. Hinzu kommen zusätzliche Kosten für den weiteren Ausbau der Ganztagesangebote an verschiedenen Schulen.

Unklar ist derzeit noch, wie sich die zum 01.01.2008 bereits beschlossene Unternehmenssteuerreform auswirken wird.

Leider ist für die Städte und Gemeinden noch immer keine verlässliche Abschätzung der finanziellen Auswirkungen dieser Unternehmensteuerreform möglich, da die Auswirkungen vieler Maßnahmen zur Gegenfinanzierung derzeit nicht quantifizierbar sind und im Übrigen auch deren Wirksamkeit bezweifelt werden muss.

Sicher werden die Gewerbesteuereinnahmen brutto sinken, gleichzeitig soll jedoch auch der Hebesatz für die Gewerbesteuerumlage für das Jahr 2008 um rund 8 %Punkte gesenkt werden. Wie sich dies letztendlich auf die Netto-Gewerbesteuereinnahmen auswirken wird, ist zum derzeitigen Zeitpunkt seriös nicht abzuschätzen.

In jedem Fall aber werden im Jahr 2008 die negativen Auswirkungen der erheblichen Mehreinnahmen des Jahres 2006 im Finanzausgleich durch deutlich höhere Umlagezahlungen an das Land und den Kreis spürbar werden.